

Auswertung der Bürgerbefragung

1.)

Der erste Interviewpartner ist ca 40 Jahre alt und männlich. Er wählt regelmäßig und befürwortet keine Protestwahlen. Er fordert Wahlen ab 14, mit keiner Begrenzung nach oben, vielleicht sollten auch Eltern für ihre Kinder wählen dürfen.

Der zweite Interviewpartner ist 79 Jahre alt und männlich. Er ist Wähler und versteht Protestwahlen. Die Wahl Begrenzungen sollen seiner Meinung nach nicht verändert werden. Er fühlt sich nicht repräsentiert und sieht keine positive Zukunft zur EU.

Die Wiedervereinigung hat ihm nicht geschadet, da er seinen Beruf am Markt halten konnte. Vor der Wende hatte die Bevölkerung der DDR eine ganz andere Vorstellung von der politischen und gesellschaftlichen Situation heute. Zu einer gesicherten Grundrente steht er nicht, da die viele Leute dadurch faul würden und das wiederum wäre unfair arbeitenden Leuten gegenüber.

Das dritte Interview haben wir mit einer 25-jährigen Frau geführt, sie ist Wählerin und ist gegen Protestwahlen. Kinder und Jugendliche sollten ab 18, vllt. sogar schon ab 16. Auch von der Bundesregierung fühlt sie sich repräsentiert, dennoch vertritt keine Partei all ihre Interessen. Sie hofft auf eine Umstrukturierung in der EU und eine engere Kooperation in der Migrationsfrage. Es sollten mehr Migranten aufgenommen, besser integriert und unterstützt werden. Zum Schengenraum und dem Umgang mit Populismus hat sie keine Meinung. Desweiteren meinte sie, dass sie einen Ausstieg Deutschlands aus der EU nicht befürworten würde.

Der nächste Interviewpartner ist 17, Wähler und gegen Protestwahlen. Er denkt, dass man ab 16 wählen sollte. Er fühlt sich von der Bundesregierung repräsentiert und unterstützt die SPD und BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN. In den nächsten zehn Jahren wird es einen weiteren Ausstieg geben. Ein Föderaler Bund Europäischer Staaten würde seiner Meinung nach nicht funktioniert.

Der fünfte Interviewpartner ist 48, Wähler und gegen Protestwahlen. Seiner Meinung nach, sollte man ab 16 bis zum Tode wählen dürfen. Er wünscht sich eine bessere Integration von Migranten, mehr Deutschkurse und einen besseren Anschluss an das Leben hier. Er sieht die EU in zehn Jahren, da wo sie heute steht, vllt. mit Eintrittsgesprächen von Großbritannien, auf jeden Fall sollte Deutschland noch Mitglied sein. Auf die Frage, wie man mit Populisten umgehen sollte antwortete er, dass man die Leute erst stellen, dann Begriffe definieren lassen, ihnen Lügen bzw unlogische Gedankengänge nachweisen und vor allem zuhören sollte. Dazu gehört es auch, die Meinung zu verstehen oder versuchen zu verstehen und ihnen zu zeigen, dass sie keine Opfer der Gesellschaft sind. Von der Bundesregierung fühlt er sich teilweise repräsentiert, während die Landesregierung nicht in seinem Interesse handelt. Seiner Meinung nach, verstaatlicht die Linke Politik zu viele Bereiche. Den offenen Grenzen im Schengenraum steht er positiv gegenüber.

2.)

Alle Befragten, bis auf Interviewpartner 2, haben einen Vorteil in der EU gesehen und waren gegen einen möglichen Dexit, er ist auch der älteste.

Sein überdurchschnittliches Einkommen erklärt, warum er nicht für eine gesicherte Grundrente ist.

Der letzte Befragte, hatte eine sehr ausgeprägte Meinung zur EU und der Demokratie an sich, auch äußerte er nicht so viel Kritik, was man mit einem überdurchschnittlichen Einkommen versuchen zu begründen kann.

Interviewpartner 4, ist der jüngste Interviewte und ist sehr grün geprägt (Natur- & Umweltschutz), was auch den aktuellen, politischen Interessen den jugendlichen entspricht. Des Weiteren ist er sehr liberal und europäisch.

3.)

Warum sind so viele Leute Politikverdrossen?

Warum gibt es Protestwähler?

Wieso sind die Leute für eine Wahl ab 16/18 und nicht für Wahlen bis 85?

4.)

Wir finden, man sollte das Wahlalter auf 16 bis 85 beschränken, Eltern sollten nicht für ihre Kinder wählen. Außerdem fühlen wir uns nicht repräsentiert, wie auch wenn wir nicht mitbestimmen dürfen. Eine gesicherte Grundrente halten wir für sinnvoll, da Rentner nicht mehr am Existenzminimum leben, beziehungsweise keine Nebenjobs ausführen müssen, um ihre Existenz zu sichern. Offene Grenzen sind unserer Meinung nach absolut sinnvoll und nicht genug gewürdigt. Wir hoffen, dass die EU stärker zusammenarbeitet und kein weiterer Staat (vor allem nicht Deutschland) aussteigen will. Migranten sollte man besser integrieren und mehr Möglichkeiten auf Bildung gewähren. Einen Föderalen Bund Europäischer Staaten halten wir für ein interessantes Konzept, was zum Scheitern verurteilt ist, da vielen Europäischen Bürgern ihre Nationale Identität zu wichtig ist.